

Vom Ausländerbeirat:

Frau Eden Tesfaghiorghis

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode Schriftführerin

Entschuldigt:

Frau Eva Janzen SPD-Fraktion

Frau Martina Lennartz Fraktion Gießener LINKE

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Weiterer Ausbau des Glasfasernetzes in Gießen STV/1365/2018
 - Antrag des Magistrats vom 2.10.2018 -
3. Drogen- und Gewaltprävention an Gießener Schulen STV/1392/2018
 - Antrag der FDP-Fraktion vom 22.10.2018 -
4. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Weiterer Ausbau des Glasfasernetzes in Gießen STV/1365/2018
 - Antrag des Magistrats vom 2.10.2018 -

Antrag:

„1. Die Stadt Gießen stimmt gemäß § 3 Absatz 1 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Breitbandausbau im Landkreis Gießen vom 16. Januar 2017 (Anlage 3) den folgenden Maßnahmen zu:

- a) Es soll ein Vergabeverfahren auf Basis der Studie ‚Digitaler Landkreis 2020‘ der Breitband Gießen GmbH mit den in beigefügter Liste (Anlage 1) gekennzeichneten Einschränkungen bzw. Erweiterungen durchgeführt werden.
- b) Die Finanzierung der Projektsteuerungs- und Overheadkosten im Rahmen der Gesamtfinanzierung des Ausbauvorhabens erfolgt durch die Kommune anteilig entsprechend dem in der Gesellschafterversammlung der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen GmbH am 21. August 2018 erläuterten Schema (siehe Anlage 2). Für den Fall, dass das Ausschreibungsverfahren erfolglos verläuft, übernimmt die Stadt Gießen anteilig die bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens angefallen Projektsteuerungs- und Overheadkosten.
- c) Dem Abschluss eines Vertrages zur Projektsteuerung mit der Breitband Gießen GmbH durch den Landkreis Gießen im Sinne von § 2 Absatz 3 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Breitbandausbau im Landkreis Gießen vom 16. Januar 2017.

2. Das Vermessungsamt wird beauftragt zur Finanzierung der Eigenanteile der Stadt Gießen für den Ausbau der Wohngebiete und Einzelliegenschaften eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung über 255.000,00 € für den Haushalt 2020 zu veranlassen.“

Stadträtin Eibelshäuser begründet die Magistratsvorlage.

An der kurzen Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Giorgis, Schmidt, Dr. Brinkmann und Grußdorf sowie Stadträtin Eibelshäuser.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**3. Drogen- und Gewaltprävention an Gießener Schulen
- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.10.2018 -**

STV/1392/2018

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass jedes Kind in Gießen während seiner Grundschulzeit ein geschlechterübergreifendes Trainingsprogramm zur Prävention von Sucht und Gewalt absolviert, dass es den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, in Problemsituationen eigenverantwortlich zu handeln.“

Begründung:

Die Schulen als Spiegelbild unserer Gesellschaft bleiben von Gewalt und Drogenkriminalität nicht verschont.

Nur eine offene Zusammenarbeit zwischen Schulgemeinde, Stadt und Justiz ist geeignet, das Problem wirksam zu bekämpfen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Hierbei haben die Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen (AGGAS) und die Aktion Schule machen ohne Gewalt (SMOG) schon wertvolle Hilfe geleistet und sollen dies auch weiterhin leisten.

Für eine wirksame Frühprävention gegen Sucht und Gewalt bedarf es jedoch aus Sicht der Freien Demokraten zusätzlich eines geschlechterübergreifenden Trainingsprogramms, das jedes Gießener Grundschulkind absolvieren soll, um in Problemsituationen eigenverantwortlich handeln zu können.

Die Finanzierung dieser Präventionsmaßnahme sowie Struktur und Umsetzung derselben muss mit dem Staatlichen Schulamt, Polizei, Landesregierung und den Eltern abgestimmt werden.

Vorsitzender teilt mit, dass der Antrag durch die antragstellende Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration geändert worden sei:

„Die Stadtverordnetenversammlung regt eine Zusammenarbeit der Gießener Grundschulen mit dem Jugendbildungswerk der Universitätsstadt Gießen an zwecks gemeinsamer Sucht- und Gewaltpräventionsprojekte.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

4. Verschiedenes

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Sitzung am Donnerstag, 6.12.2018, 18:00 Uhr, statt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) D ö r i n g

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e